



## Antrag-Nr. 14/148

öffentlich

**Datum:** 14.11.2016  
**Antragsteller:** GRÜNE

<b>Krankenhausausschuss 3</b>	<b>05.12.2016</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Krankenhausausschuss 2</b>	<b>06.12.2016</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Krankenhausausschuss 4</b>	<b>07.12.2016</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Krankenhausausschuss 1</b>	<b>08.12.2016</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Gesundheitsausschuss</b>	<b>09.12.2016</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Finanz- und Wirtschaftsausschuss</b>	<b>14.12.2016</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landschaftsausschuss</b>	<b>16.12.2016</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landschaftsversammlung</b>	<b>21.12.2016</b>	<b>Beschluss</b>

### Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2017/2018**  
**Haushaltsanträge der Fraktionen: Integrationsbeauftragte an LVR-Kliniken weiter stärken**

### Beschlussvorschlag:

An allen LVR-Kliniken werden die Integrationsbeauftragten für mindestens 25 % einer Vollkraftstelle freigestellt.

### Begründung

Mit Vorlage 14/452 hat die Verwaltung die Grundsätze zur Umsetzung des Aufgabenprofils der Integrationsbeauftragten in den LVR-Kliniken dargestellt. Ziel war es, Rahmenbedingungen festzulegen, die die Arbeit vor Ort unterstützen sollen. Im Bericht der Integrationsbeauftragten in den Krankenhausausschüssen über ihre Tätigkeit ist deutlich geworden, dass sie mit unterschiedlichen Aufgaben in den

jeweiligen Klinikalltag eingebunden sind. Dies scheint unter anderem an einer fehlenden bzw. zu geringen Freistellung zu liegen. Deshalb ist es notwendig, dass an allen Kliniken die Integrationsbeauftragten mit mindestens 25 % einer Vollkraftstelle freigestellt werden, wie es bereits an den LVR-Kliniken in Köln, Essen und Bonn praktiziert wird.

Ralf Klemm